

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 7. Auflage . . . . .	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata . . . . .	XXIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . .	XXXI
Einführung . . . . .	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen . . . . .	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen . . . . .	5
§ 1 Europarechtliche Normen . . . . .	6
A. Primärrecht . . . . .	6
B. Sekundärrecht . . . . .	11
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht . . . . .	27
A. Verfahrensmöglichkeiten . . . . .	27
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit . . . . .	30
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz . . . . .	42
A. Verfahrensarten . . . . .	43
B. Entscheidung des BVerfG . . . . .	57
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes . . . . .	58
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten . . . . .	73
§ 4 Grundrechte . . . . .	73
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde) . . . . .	73
B. Schutzbereich . . . . .	79
C. Grundrechtseingriffe . . . . .	95
D. Rechtfertigung . . . . .	101
§ 5 Eigentums- und Berufsfreiheit . . . . .	143
A. Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit . . . . .	143
B. Art. 12 GG – Berufsfreiheit . . . . .	156
§ 6 Gleichheitsgrundrechte . . . . .	169
A. Überblick . . . . .	169
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG . . . . .	170
C. Besondere Gleichheitssätze . . . . .	176
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO . . . . .	179
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages . . . . .	179
B. Begründetheit . . . . .	185
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO . . . . .	197
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten . . . . .	198
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile . . . . .	198
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte . . . . .	198
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen . . . . .	199
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage . . . . .	204
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	205
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	206
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	223
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage . . . . .	224
A. Ansatz und Klagegegenstand . . . . .	224
B. Ermächtigungsgrundlage . . . . .	229
C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes . . . . .	234

D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten . . . . .	259
E. Zu den Rechtsfolgen . . . . .	259
§ 11 Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO . . . . .	260
A. Bedeutung und Anwendungsbereich . . . . .	260
B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO . . . . .	261
C. Begründetheit . . . . .	263
<b>3. Kapitel. Abwehr sonstiger Maßnahmen</b> . . . . .	269
§ 12 Die Leistungsunterlassungsklage . . . . .	269
A. Allgemeines . . . . .	269
B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage . . . . .	270
C. Die vorbeugende Unterlassungsklage . . . . .	273
D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch . . . . .	275
§ 13 Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO . . . . .	280
A. Einordnung . . . . .	280
B. Zulässigkeit . . . . .	281
C. Begründetheit . . . . .	282
<b>2. Teil. Erlass von Maßnahmen</b> . . . . .	285
<b>4. Kapitel. Erlass von Normen</b> . . . . .	286
§ 14 Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung . . . . .	286
A. Allgemeines . . . . .	286
B. Aus Unionsrecht: Stattdessen unmittelbare Wirkung . . . . .	286
C. Aus Grundrechten . . . . .	287
D. Aus einfachem Recht . . . . .	289
E. Prozessuale Durchsetzung . . . . .	290
<b>5. Kapitel. Erlass von Verwaltungsakten</b> . . . . .	292
§ 15 Zulässigkeit der Verpflichtungsklage . . . . .	292
A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges . . . . .	292
B. Statthaftigkeit . . . . .	294
C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO . . . . .	295
D. Vorverfahren . . . . .	297
E. Klagefrist . . . . .	298
F. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	298
§ 16 Begründetheit der Verpflichtungsklage . . . . .	298
A. Allgemeiner Rahmen . . . . .	298
B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen . . . . .	300
C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung . . . . .	300
D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen . . . . .	310
E. Benutzung kommunaler Einrichtungen . . . . .	315
F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten . . . . .	321
G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG . . . . .	323
H. Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	324
J. Ansprüche aus Unionsrecht . . . . .	326
§ 17 Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA . . . . .	327
A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO . . . . .	327
B. Für Hochschulzulassungen . . . . .	328
C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht . . . . .	330
<b>6. Kapitel. Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen</b> . . . . .	331
§ 18 Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage . . . . .	331
A. Allgemeines . . . . .	331
B. Zulässigkeit . . . . .	331
C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	334
D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme . . . . .	338
§ 19 Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag . . . . .	338
A. Allgemeines . . . . .	338
B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	339
C. Rechtmäßigkeit des Vertrages . . . . .	340
D. Nichtigkeit des Vertrages . . . . .	341
§ 20 Geldleistungsansprüche . . . . .	343
A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen . . . . .	344

B. Staatshaftung .....	345
C. Entschädigungsansprüche .....	357
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch .....	363
E. Aufwendungsersatz .....	366
F. Sozialleistungsansprüche .....	367
<b>3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit .....</b>	<b>369</b>
<b>7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen .....</b>	<b>369</b>
§ 21 Organstreitverfahren .....	369
A. Zulässigkeit .....	369
B. Begründetheit .....	372
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten .....	386
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG .....	386
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG .....	390
<b>8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln .....</b>	<b>390</b>
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten .....	390
A. Begriff und Bedeutung .....	390
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage .....	391
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage .....	393
§ 24 Feststellungsklage .....	396
A. Zulässigkeit .....	396
B. Begründetheit .....	403
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage) .....	404
A. Einordnung .....	404
B. Zulässigkeit .....	405
C. Begründetheit .....	411
<b>Entscheidungssammlung .....</b>	<b>419</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>425</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort zur 7. Auflage</b> . . . . .	V
<b>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</b> . . . . .	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> . . . . .	IX
<b>Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata</b> . . . . .	XXIII
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	XXV
<b>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</b> . . . . .	XXXI
<b>Einführung</b> . . . . .	1
<b>1. Teil. Abwehr von Maßnahmen</b> . . . . .	5
<b>1. Kapitel. Abwehr von Normen</b> . . . . .	5
§ 1 Europarechtliche Normen . . . . .	6
A. Primärrecht . . . . .	6
I. Grundlagen . . . . .	6
II. ESM-Vertrag . . . . .	8
1. Materielle Grenzen . . . . .	8
2. Reichweite der Mitwirkung des Bundestages . . . . .	9
3. Eilbedürftigkeit . . . . .	10
B. Sekundärrecht . . . . .	11
I. Überprüfung am europäischen Primärrecht . . . . .	11
1. Verfahren vor dem Gerichtshof der EU . . . . .	11
2. Überprüfungsgründe . . . . .	13
II. Überprüfung sekundären Unionsrechts an deutschem Recht . . . . .	18
1. Unmittelbare Wirkung von Unionsrechtsakten . . . . .	18
2. Kooperationsverhältnis von BVerfG und Gerichtshof der EU . . . . .	19
3. Widerspruch zum europäischen Integrationsprozess nach den Verträgen und Art. 23 GG . . . . .	24
4. Zustandekommen sekundären Unionsrechts . . . . .	24
5. Umsetzung und Anwendung durch Organe deutscher Staatsgewalt . . . . .	25
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht . . . . .	27
A. Verfahrensmöglichkeiten . . . . .	27
I. Kommission und Mitgliedstaaten . . . . .	27
II. Gerichte . . . . .	27
1. Vorlageverfahren, Art. 267 AEUV . . . . .	27
2. Voraussetzungen . . . . .	28
3. Verletzung von Art. 101 I 2 GG . . . . .	29
III. Individuen . . . . .	29
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit . . . . .	30
I. Unionsrechtliches Primärrecht . . . . .	30
1. Warenverkehrsfreiheit, Art. 34 AEUV . . . . .	31
2. Personenfreiheit, Art. 45, 49 AEUV . . . . .	35
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 und 57 AEUV . . . . .	38
II. Vereinbarkeit mit unionsrechtlichem Sekundärrecht . . . . .	40
1. Unionsrechtsverstoß, insbesondere Anforderungen an die Umsetzung von Richtlinien . . . . .	40
2. Richtlinienkonforme Auslegung . . . . .	41
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz . . . . .	42
A. Verfahrensarten . . . . .	43
I. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG; §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG . . . . .	43
1. Antragsberechtigung . . . . .	43
2. Prüfungsgegenstand . . . . .	43
3. Antragsbefugnis . . . . .	43

4. Klarstellungsinteresse . . . . .	44
5. Ordnungsgemäßer Antrag und Frist . . . . .	44
II. Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 I Nr. 2a, II GG, § 13 Nr. 6a BVerfGG . . . . .	44
III. Konkrete Normenkontrolle: Richtervorlage, Art. 100 GG, § 13 Nr. 11, §§ 80–82 BVerfGG . . . . .	45
1. Vorlageberechtigung und Prüfungsgegenstand . . . . .	45
2. Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit . . . . .	45
3. Entscheidungserheblichkeit . . . . .	45
IV. Individualverfassungsbeschwerde . . . . .	46
1. Beschwerdefähigkeit . . . . .	46
2. Beschwerdegegenstand . . . . .	48
3. Beschwerdebefugnis . . . . .	48
4. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde . . . . .	50
5. Frist . . . . .	50
6. Prozessfähigkeit . . . . .	50
7. Praxis: Annahme der Verfassungsbeschwerde . . . . .	51
V. Kommunalverfassungsbeschwerde . . . . .	51
1. Zulässigkeit . . . . .	51
2. Recht auf kommunale Selbstverwaltung, Art. 28 II GG . . . . .	51
VI. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	55
B. Entscheidung des BVerfG . . . . .	57
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes . . . . .	58
I. Formelle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	58
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	58
2. Gesetzgebungsverfahren . . . . .	65
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	68
1. Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 III GG . . . . .	68
2. Sozialstaatsprinzip, Art. 20 I GG . . . . .	70
3. Demokratieprinzip . . . . .	70
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten . . . . .	73
§ 4 Grundrechte . . . . .	73
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde) . . . . .	73
I. Grundlagen . . . . .	73
II. Menschenwürdiges Existenzminimum . . . . .	74
III. Haft und Sicherungsverwahrung . . . . .	75
1. Grundlagen . . . . .	75
2. Nachträgliche Sicherungsverwahrung . . . . .	76
III. Flugzeugabschuss . . . . .	78
B. Schutzbereich . . . . .	79
I. Bestimmung des Schutzbereichs am Beispiel von Art. 4 GG . . . . .	80
1. Glauben und Gewissen . . . . .	80
2. Glaubens- und Bekenntnisfreiheit . . . . .	80
II. Abgrenzung der Schutzbereiche und Konkurrenzen . . . . .	84
1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit . . . . .	84
2. Vorrang eines Grundrechts . . . . .	88
3. Idealkonkurrenz . . . . .	92
III. Art. 2 I GG als Auffanggrundrecht . . . . .	93
1. Sachbezogen . . . . .	93
2. Personenbezogen . . . . .	94
C. Grundrechtseingriffe . . . . .	95
I. Unmittelbare finale Eingriffe am Beispiel von Art. 6 GG . . . . .	95
1. »Homoehe« . . . . .	95
2. Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung . . . . .	96
3. Adoption . . . . .	98
4. Fazit . . . . .	98
5. Eingriffe durch Verwaltungsakte . . . . .	99
II. Faktische Eingriffe . . . . .	99
III. Mittelbare Eingriffe . . . . .	100
IV. Begrenzungen . . . . .	101
D. Rechtfertigung . . . . .	101
I. System . . . . .	101

II.	Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt . . . . .	103
1.	Reichweite des Gesetzesvorbehalts (Bsp. Aufnahmen im Gericht) . . . . .	103
2.	Ausgleich konkurrierender Verfassungsgüter (Bsp. Pressefreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte) . . . . .	104
III.	Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt . . . . .	108
1.	Beschränkung durch kollidierendes Verfassungsrecht . . . . .	108
2.	Wissenschaftsfreiheit . . . . .	110
3.	Glaubensfreiheit . . . . .	113
4.	Kunstfreiheit . . . . .	117
IV.	Schranken-Schranken . . . . .	118
1.	Anforderungen aus dem Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	118
2.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	118
3.	Wesensgehaltsgarantie . . . . .	140
4.	Bestimmtheitsgebot . . . . .	141
5.	Verbot des Einzelfallgesetzes . . . . .	143
	6. Zitiergebot . . . . .	143
§ 5	Eigentums- und Berufsfreiheit . . . . .	143
A.	Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit . . . . .	143
I.	Prägung der Eigentumsfreiheit durch den Gesetzgeber . . . . .	143
II.	Schranken für den Gesetzgeber . . . . .	144
1.	Ausgleich und Kernbereich bei Inhaltsbestimmungen . . . . .	144
2.	Eigentumswertgarantie . . . . .	144
III.	Eröffnung des Schutzbereichs von Art. 14 GG . . . . .	145
1.	Vermögenswerte Rechte . . . . .	145
2.	Nicht das Vermögen an sich . . . . .	145
3.	Keine tatsächlichen und allein normabhängigen Umstände . . . . .	146
4.	Das »Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb« . . . . .	148
IV.	Eingriff: Abgrenzung von Inhaltsbestimmung und Enteignung . . . . .	149
1.	Grundansatz . . . . .	149
2.	Nähere Abgrenzung . . . . .	149
V.	Rechtfertigung . . . . .	150
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmung . . . . .	150
2.	Enteignung gem. Art. 14 III GG . . . . .	155
3.	Prüfung der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG . . . . .	156
B.	Art. 12 GG – Berufsfreiheit . . . . .	156
I.	Abgrenzung zu Art. 14 GG . . . . .	157
II.	Einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit . . . . .	158
III.	Schutzbereich . . . . .	159
1.	Beruf . . . . .	159
2.	Berufswahl . . . . .	160
3.	Berufsausübung . . . . .	161
IV.	Eingriff . . . . .	162
V.	Rechtfertigung . . . . .	164
1.	Abgestufte Schutzintensität . . . . .	164
2.	Berufsausübungsregeln . . . . .	165
3.	Berufswahlregelungen . . . . .	166
4.	Konkretisierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung . . . . .	167
§ 6	Gleichheitsgrundrechte . . . . .	169
A.	Überblick . . . . .	169
B.	Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG . . . . .	170
I.	Ungleichbehandlung . . . . .	170
II.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	171
1.	Prüfungsrahmen . . . . .	171
2.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	174
C.	Besondere Gleichheitssätze . . . . .	176
I.	Art. 3 II GG . . . . .	176
II.	Weitere Differenzierungsge- und -verbote . . . . .	177
III.	Grunderwerbsteuer . . . . .	178
§ 7	Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO . . . . .	179
A.	Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages . . . . .	179
I.	Verwaltungsrechtsweg . . . . .	179

II.	Statthaftigkeit . . . . .	180
1.	Nach § 47 I Nr. 1 VwGO . . . . .	180
2.	Nach § 47 I Nr. 2 VwGO . . . . .	181
III.	Antragsbefugnis . . . . .	182
1.	Behörden . . . . .	182
2.	Natürliche und juristische Personen . . . . .	182
IV.	Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	184
V.	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	184
B.	Begründetheit . . . . .	185
1.	Allgemeiner Prüfungsumfang und -maßstab . . . . .	185
II.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für Satzungen und Rechtsverordnungen . . . . .	186
1.	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	186
2.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	187
3.	Materielle Rechtmäßigkeit (Subsumtion) . . . . .	188
4.	Bestimmtheit . . . . .	189
5.	Ermessen . . . . .	189
III.	Bebauungspläne . . . . .	190
1.	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	190
2.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	190
3.	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	194
C.	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO . . . . .	197
I.	Zulässigkeit . . . . .	198
II.	Begründetheit . . . . .	198
<b>2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten</b> . . . . .	198	
§ 8	Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile . . . . .	198
A.	Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte . . . . .	198
B.	Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen . . . . .	199
§ 9	Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage . . . . .	204
A.	Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	205
B.	Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	206
I.	Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges . . . . .	206
1.	Öffentlich-rechtliche Streitigkeit . . . . .	206
2.	Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art . . . . .	207
II.	Statthaftre Klageart . . . . .	208
1.	Klagebegehren: Aufhebung eines Verwaltungsaktes . . . . .	208
2.	Verwaltungsakt: Merkmale . . . . .	208
3.	Teilanfechtung . . . . .	213
III.	Klagebefugnis . . . . .	216
1.	Aus einfachgesetzlichen Schutznormen . . . . .	216
2.	Aus Grundrechten . . . . .	219
3.	Aus Unionssrecht . . . . .	220
4.	Verbandsklage . . . . .	221
5.	Entfallen der Klagebefugnis aufgrund von Präklusion . . . . .	221
IV.	Vorverfahren . . . . .	222
C.	Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	223
§ 10	Begründetheit der Anfechtungsklage . . . . .	224
A.	Ansatz und Klagegegenstand . . . . .	224
I.	Ansatz und maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	224
II.	Klagegegenstand . . . . .	226
1.	Bedeutung des Widerspruchsbescheides . . . . .	226
2.	Nebenbestimmungen . . . . .	228
B.	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	229
I.	Notwendigkeit . . . . .	229
II.	Vorrang von Spezialvorschriften . . . . .	229
1.	Grundsatz und Grenzen . . . . .	229
2.	Vorrang der polizeirechtlichen Standardmaßnahmen gegenüber der Generalklausel am Beispiel der Obdachloseneinweisung . . . . .	230
3.	Aufhebung von Verwaltungsakten . . . . .	231
III.	Befugnis für polizeiliche Vollstreckungsmaßnahmen, insbesondere für das Abschleppen von Kfz . . . . .	231

C.	Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes . . . . .	234
I.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	234
1.	Zuständigkeit . . . . .	234
2.	Verfahren . . . . .	235
3.	Form . . . . .	235
II.	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	236
1.	Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage . . . . .	236
2.	Korrekte Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage (einschließlich Beurteilungsspielraum) . . . . .	237
3.	Adressat und Maßnahmerichtung . . . . .	241
4.	Bestimmtheit . . . . .	247
5.	Rechtliche und tatsächliche Möglichkeit . . . . .	248
6.	Rechtmäßiger Ermessensgebrauch . . . . .	248
7.	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht . . . . .	250
III.	Die Anfechtung der Aufhebung von (begünstigenden) Verwaltungsakten . . . . .	253
1.	Rücknahme und Widerruf . . . . .	253
2.	Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte . . . . .	254
3.	Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte . . . . .	254
4.	Rücknahme von unionsrechtswidrigen Beihilfen . . . . .	256
D.	Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten . . . . .	259
E.	Zu den Rechtsfolgen . . . . .	259
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO . . . . .	260
A.	Bedeutung und Anwendungsbereich . . . . .	260
B.	Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO . . . . .	261
I.	Zur Hauptsache akzessorische Voraussetzungen . . . . .	261
1.	Verwaltungsrechtsweg . . . . .	261
2.	Statthaftigkeit . . . . .	261
3.	Antragsbefugnis . . . . .	261
4.	Sonstiges . . . . .	262
II.	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	262
1.	Anträge nach § 80 V VwGO . . . . .	262
2.	Anträge nach § 80a VwGO . . . . .	262
C.	Begründetheit . . . . .	263
I.	Formelle Rechtmäßigkeit von Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO . . . . .	263
II.	Materielle Prüfung . . . . .	264
III.	Besonderes Vollzugsinteresse bei Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO . . . . .	266
IV.	Einschränkung der gerichtlichen Entscheidungsbefugnis durch Vorlagepflicht? . . . . .	267
V.	Bei für rechtswidrig erachtetem Unionsrecht . . . . .	267
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen . . . . .	269
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage . . . . .	269
A.	Allgemeines . . . . .	269
B.	Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage . . . . .	270
I.	Verwaltungsrechtsweg . . . . .	270
1.	Erwerbswirtschaftliche Betätigung . . . . .	270
2.	Immissionen, vor allem von kirchlichen Einrichtungen . . . . .	271
II.	Statthaftigkeit . . . . .	272
III.	Klagebefugnis . . . . .	272
IV.	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	273
C.	Die vorbeugende Unterlassungsklage . . . . .	273
I.	»Vorbeugende« Unterlassungsklage gegen Realakte . . . . .	273
II.	Vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte . . . . .	274
D.	Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch . . . . .	275
I.	Rechtsgrundlage . . . . .	275
II.	Anspruchsvoraussetzungen: insbesondere bei erwerbswirtschaftlicher Betätigung und Immissionen . . . . .	276
1.	Hoheitlicher Eingriff in subjektives Recht . . . . .	276
2.	Rechtswidrigkeit . . . . .	277
III.	Die Unterlassung von Warnungen und Empfehlungen . . . . .	278
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO . . . . .	280
A.	Einordnung . . . . .	280
B.	Zulässigkeit . . . . .	281

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges .....	281
II. Statthafte Verfahrensart .....	281
III. Antragsbefugnis .....	281
IV. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	281
C. Begründetheit .....	282
I. Anordnungsanspruch .....	282
II. Anordnungsgrund .....	282
III. Anordnungentscheidung .....	282
IV. Keine Vorwegnahme der Hauptsache .....	282
<b>2. Teil. Erlass von Maßnahmen .....</b>	<b>285</b>
<b>4. Kapitel. Erlass von Normen .....</b>	<b>286</b>
§ 14 Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung .....	286
A. Allgemeines .....	286
B. Aus Unionsrecht: Stattdessen unmittelbare Wirkung .....	286
I. Auf Unionsnormen .....	286
II. Auf nationale Normen .....	286
C. Aus Grundrechten .....	287
I. Objektive Grundrechtsfunktionen .....	287
1. Grundrechte als Leistungsrechte .....	287
2. Grundrechtliche Schutzpflichten .....	287
II. Gleichheitssatz, insbesondere Normergänzungsanspruch .....	289
D. Aus einfachem Recht .....	289
E. Prozessuale Durchsetzung .....	290
I. Vor dem EuGH .....	290
II. Vor dem BVerfG .....	290
III. Vor Verwaltungsgerichten .....	291
5. Kapitel. Erlass von Verwaltungsakten .....	292
§ 15 Zulässigkeit der Verpflichtungsklage .....	292
A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges .....	292
I. Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung .....	293
II. Subventionsbescheid .....	293
B. Statthaftigkeit .....	294
I. Abgrenzung zur Anfechtungsklage .....	294
II. Sonderprobleme der Konkurrentenklagen .....	295
C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO .....	295
I. Anspruchsgrundlagen .....	296
II. Ansprüche aus Ermessensvorschriften .....	297
D. Vorverfahren .....	297
E. Klagefrist .....	298
F. Rechtsschutzbedürfnis .....	298
§ 16 Begründetheit der Verpflichtungsklage .....	298
A. Allgemeiner Rahmen .....	298
B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen .....	300
I. Genehmigungspflichtigkeit .....	300
II. Genehmigungsfähigkeit .....	300
C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung .....	300
I. Anspruchsgrundlagen .....	300
II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen .....	301
III. Materielle Voraussetzungen .....	302
1. Genehmigungspflichtigkeit .....	302
2. Genehmigungsfähigkeit .....	303
D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen .....	310
I. Allgemeines, Abgrenzung von Anfechtungssituationen .....	310
II. Begriff der öffentlichen Sache .....	311
III. Erlaubnispflichtigkeit .....	311
1. Gemeingebräuch und Sondernutzung .....	312
2. Straßenanliegergebrauch .....	313
3. Kommunikativer Gemeingebräuch .....	313
IV. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis .....	314
E. Benutzung kommunaler Einrichtungen .....	315

I.	Anspruchsgrundlagen . . . . .	315
II.	Der allgemeine kommunalrechtliche Benutzungsanspruch . . . . .	316
1.	Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung . . . . .	316
2.	Aktivlegitimation . . . . .	317
3.	Rechtliche Schranken . . . . .	318
4.	Tatsächliche Schranken . . . . .	319
F.	Anspruch auf polizeiliches Einschreiten . . . . .	321
I.	Zuständigkeit der Polizei für den Schutz privater Rechte . . . . .	321
II.	Erfordernis eines subjektiv-öffentlichen Rechts . . . . .	321
III.	Ermessensreduzierung auf null . . . . .	322
G.	Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG . . . . .	323
H.	Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	324
I.	Konstellation der Verpflichtungsklage . . . . .	324
II.	Wiederaufgreifegründe nach § 51 I Nr. 1–3 VwVfG . . . . .	325
1.	Wiederaufgreifegründe nach § 51 I Nr. 1–3 VwVfG . . . . .	325
2.	Neue Sachentscheidung . . . . .	325
III.	»Wiederaufgreifen« nach §§ 48, 49 VwVfG . . . . .	326
J.	Ansprüche aus Unionsrecht . . . . .	326
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA . . . . .	327
A.	Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO . . . . .	327
B.	Für Hochschulzulassungen . . . . .	328
C.	Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht . . . . .	330
<b>6. Kapitel. Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen</b>		331
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage . . . . .	331
A.	Allgemeines . . . . .	331
B.	Zulässigkeit . . . . .	331
I.	Verwaltungsrechtsweg, insbesondere kraft Sachzusammenhang . . . . .	331
1.	Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 I VwGO . . . . .	331
2.	Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhang, § 17 II GVG . . . . .	332
II.	Statthaftigkeit . . . . .	332
III.	Klagebefugnis . . . . .	333
IV.	Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	333
1.	Vorverfahren . . . . .	333
2.	Klagefrist . . . . .	334
3.	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	334
C.	Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	334
I.	Allgemeines . . . . .	334
II.	Der allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch (FBA) . . . . .	335
1.	Grundlage . . . . .	335
2.	Voraussetzungen . . . . .	336
3.	Rechtsfolgen . . . . .	336
D.	Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme . . . . .	338
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag . . . . .	338
A.	Allgemeines . . . . .	338
B.	Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	339
C.	Rechtmäßigkeit des Vertrages . . . . .	340
I.	Zulässigkeit der Vertragsform . . . . .	340
II.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	340
III.	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	341
D.	Nichtigkeit des Vertrages . . . . .	341
§ 20	Geldleistungsansprüche . . . . .	343
A.	Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen . . . . .	344
I.	Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen . . . . .	344
II.	Haftung . . . . .	344
III.	Zivilrechtsweg . . . . .	345
B.	Staatshaftung . . . . .	345
I.	Amtshaftung nach nationalem Recht . . . . .	346
1.	Verhältnis zu anderen Ansprüchen . . . . .	346
2.	Handeln im öffentlich-rechtlichen Tätigkeitsbereich . . . . .	346
3.	Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht . . . . .	347

4. Kausaler Schaden . . . . .	350
5. Verschulden . . . . .	350
6. Haftungseinschränkung . . . . .	350
7. Passivlegitimation . . . . .	351
8. Rechtsfolge . . . . .	351
II. Staatshaftung für unionsrechtswidriges Verhalten . . . . .	352
1. Anwendungsbereich . . . . .	352
2. Grundvoraussetzungen . . . . .	354
3. Unterschied zu § 839 BGB, Art. 34 GG . . . . .	355
C. Entschädigungsansprüche . . . . .	357
I. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen . . . . .	357
II. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche . . . . .	357
1. Enteignungsentshägigungen . . . . .	357
2. Sonstige Entschädigungsansprüche . . . . .	358
III. Entschädigung aus Aufopferung, enteignungsgleichem und enteignendem Eingriff . . . . .	359
1. Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff . . . . .	359
2. Der allgemeine Aufopferungsanspruch . . . . .	363
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch . . . . .	363
I. Nach § 49a VwVfG . . . . .	363
II. Nach allgemeinen Grundsätzen . . . . .	364
III. Durchsetzung . . . . .	365
IV. Konkurrenzen . . . . .	366
E. Aufwendungsersatz . . . . .	366
F. Sozialleistungsansprüche . . . . .	367
<b>3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit . . . . .</b>	<b>369</b>
<b>7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen . . . . .</b>	<b>369</b>
§ 21 Organstreitverfahren . . . . .	369
A. Zulässigkeit . . . . .	369
I. Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner . . . . .	369
II. Streitgegenstand (Statthaftigkeit) . . . . .	370
III. Antragsbefugnis . . . . .	370
IV. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	371
V. Form und Frist . . . . .	372
B. Begründetheit . . . . .	372
I. Maßstab und Inhalt der Entscheidung . . . . .	372
II. Die Rechtsstellung von Abgeordneten und Fraktionen	373
1. Abgeordnete . . . . .	373
2. Fraktionen . . . . .	376
3. Das Verhältnis des Abgeordneten zu Fraktion und Partei . . . . .	376
4. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen . . . . .	377
5. Bundestagsauflösung . . . . .	380
III. Politische Parteien . . . . .	381
1. Allgemeines . . . . .	381
2. Gewährleistung der Chancengleichheit der Parteien . . . . .	382
3. Parteienfinanzierung . . . . .	384
4. Sonderproblem: Rückforderung nach ParteiG . . . . .	384
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten . . . . .	386
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG . . . . .	386
I. Zulässigkeit . . . . .	386
1. Antragsberechtigung . . . . .	386
2. Streitgegenstand . . . . .	386
3. Antragsbefugnis . . . . .	386
4. Vorverfahren . . . . .	387
5. Form und Frist . . . . .	387
II. Begründetheit . . . . .	387
1. Landeseigenverwaltung . . . . .	387
2. Bundesauftragsverwaltung . . . . .	388
3. Bundestreue . . . . .	389
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG . . . . .	390

---

<b>8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln</b> .....	390
<b>§ 23</b> Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten .....	390
A. Begriff und Bedeutung .....	390
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage .....	391
I. Verwaltungsrechtsweg .....	391
II. Statthafte Klageart .....	391
III. Klagebefugnis .....	392
IV. Beteiligtenfähigkeit .....	393
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage .....	393
I. Die Rechtsstellung der Ratsmitglieder .....	393
II. Fraktionsrecht .....	395
<b>§ 24</b> Feststellungsklage .....	396
A. Zulässigkeit .....	396
I. Verwaltungsrechtsweg .....	396
II. Statthaftigkeit .....	396
1. Allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 I Alt. 1 VwGO .....	396
2. Nichtigkeitsfeststellungsklage gem. § 43 I Alt. 2 VwGO .....	400
III. Klagebefugnis .....	400
IV. Feststellungsinteresse .....	400
V. Keine Subsidiarität .....	401
VI. Sonstiges .....	403
B. Begründetheit .....	403
<b>§ 25</b> Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage) .....	404
A. Einordnung .....	404
B. Zulässigkeit .....	405
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges .....	405
II. Statthafte Klageart .....	406
1. Verwaltungsakt .....	406
2. Erledigung des Verwaltungsaktes .....	406
3. Erledigung nach Klageerhebung .....	407
4. Erledigung vor Klageerhebung .....	407
III. Klagebefugnis .....	408
IV. Vorverfahren .....	408
V. Klagefrist .....	409
VI. Berechtigtes Feststellungsinteresse .....	409
C. Begründetheit .....	411
I. Maßstab .....	411
II. Inhaltliche Prüfung: Konstellationen aus dem Versammlungs- und Polizeirecht .....	411
1. Versammlungsgesetz als lex specialis zum allgemeinen Polizeirecht .....	412
2. Allgemeine polizeirechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen .....	415
<b>Entscheidungssammlung</b> .....	419
<b>Sachverzeichnis</b> .....	425